

> Hermann Benker

Leitspruch des Monats

„Gott spricht: Ich will euch trösten, wie einen seine Mutter tröstet.“

Jesaja 66, Vers 3



www.cpv-online.org
 info@cpv-online.org
 CPV, Goethestr. 29
 72474 Winterlingen
 Tel.: 07434.91100

Inhalt

- 2 Tarif
- 3 Lkw-Fahrer-assistenzsysteme
- 4 Taser
- 6 Mobile Bezahlssysteme
- 7 aus den Untergliederungen

Impressum:

Redaktionsleitung:
 Michael Hinrichsen (v. i. S. d. P.)
 Telefon 0171.8514714
 Fotos: DPoIG
 Landesgeschäftsstelle:
 Orleansstraße 4
 81669 München
 Telefon: 089.5527949-0
 Fax: 089.5527949-25
 E-Mail: info@dpolg-bayern.de
 Internet: www.dpolg-bayern.de
 ISSN: 0723-2209

Personalratswahlen 2016:

Mitgestalten. Mitreden. Mitbestimmen

Hermann Benker, Landesvorsitzender

Am 21. Juni werden die Personalräte neu gewählt. Die DPoIG geht als stärkste Berufsvertretung der bayerischen Polizei optimistisch ins Rennen. Nach unserer „Erfolgsspur 2006–2011“ wurden auch in den letzten fünf Jahren viele Verfahrensabläufe mitgestaltet, die es so ohne unsere fachlich versierte und konsequente Arbeit nicht gegeben hätte. Dies gilt insbesondere für Regelungen, die für alle Verbände und Beschäftigten bindend sind und deshalb vom Innenministerium verfügt werden. Zum Leidwesen des Ministeriums hat erstmals ein DPoIG-geführter Hauptpersonalrat (HPR) seine Kontroll- und Beteiligungspflichten ernst genommen. Kein Wunder, dass mancher dort das Rad gerne zurückdrehen würde und sich wieder einen HPR wünscht, der wie früher alles „durchwinkt“.

Die Polizei geht im Innenverhältnis sehr großzügig mit Rechtsvorschriften um. Die Gültigkeit und Anwendbarkeit insbesondere von verwaltungs- und beamtenrechtlichen Regelungen, ja sogar von höchstgerichtlichen Entscheidungen, wird für die bayerische Polizei grundsätzlich infrage gestellt. Begründet wird dies stets mit vermeintlichen Besonderheiten, die andere angeblich so nicht haben. Dies hat sich jahrelang bei den Beförderungs- und Bestellungsrichtlinien, bei Datenschutzregelungen und der Wahrung von Persönlichkeitsrechten gezeigt und findet aktuell immer noch seinen Niederschlag im Leistungslaufbahngesetz. Da war es stets angenehm, einen HPR benutzen – um nicht zu sagen missbrauchen – zu können, der sich am

Ende zumeist gebeugt hat. So haben in der Vergangenheit ausschließlich Einzelpersonen ihre beschnittenen Rechte vor Gericht eingeklagt und somit einige Änderungen herbeigeführt. Vieles wurde anders, nicht alles wurde besser. Wie im richtigen Leben gelten bestehende Gesetze und gerichtliche Entscheidungen auch im Innenverhältnis. Es ist deshalb beschämend, wenn man in der dienstlichen Kommunikation von eigenen Fehlern und Missständen dadurch ablenkt, indem man den „Schwarzen Peter“ dem HPR in die Schuhe schiebt. Dieser wurde in der Vergangenheit völlig zu Unrecht für Verzögerungen oder Zustimmungsverweigerungen verantwortlich beziehungsweise zum Sündenbock gemacht. Gegenüber Betroffenen, Verbänden und der Politik wurde er gar als Blockierer diffamiert. Selbstreflexion, ein wesentlicher Aspekt der Führungsqualifikation, zählt nicht unbedingt zu den prägenden Attributen in der polizeilichen Hierarchie. Es ist deshalb enorm wichtig, dass es weiterhin einen HPR gibt, der auf gleichberechtigte Zusammenarbeit drängt und auf Augenhöhe kommuniziert. Und es ist unabdingbar, dass es überall bei der bayerischen Polizei Personalräte gibt, die ihren gesetzlichen Auftrag wörtlich und ernst nehmen: **Dafür zu sorgen, dass die zugunsten der Beschäftigten geltenden Gesetze, Verordnungen, Tarifverträge, Dienstvereinbarungen und Verwaltungsanordnungen durchgeführt werden!**

Noch nie gab es so viele Dienstvereinbarungen (DV), wie derzeit: DV IuK, BayZeit, Neue

Arbeitszeitmodelle, Arbeitszeitkorridor, Videoüberwachung Dienstgebäude, E-Learning, BOS-Digitalfunk unter anderem. Einige Bereiche stehen immer noch aus. Ein Hauptaugenmerk liegt darauf, dass bei keiner Anwendung unerlaubte Verhaltens- oder Leistungskontrollen durchgeführt werden. Gerade in Zeiten zunehmender Technisierung und Digitalisierung dürfen unsere Kolleginnen und Kollegen nicht noch mehr zum gläsernen Beschäftigten werden. Auch bei den vielen weiterhin offenen Baustellen im Polizeibereich wie zum Beispiel der Anrechnung von Bereitschaftszeiten, der sozial- und gesundheitsvertraglichen Gestaltung der Arbeitszeit sowie der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nur kompetente und durchsetzungsfähige Personalräte Garanten dafür, dass die Interessen und Bedürfnisse der Beschäftigten gewahrt werden. Wer sich heute über eine Bevorzugung freut, würde sich sonst morgen schon über eine Benachteiligung beklagen.

Einzelne im Ministerium wünschen sich die „guten alten Zeiten“ zurück, als sie schalten und walten konnten, wie sie wollten. Zu lange haben sie ihre „heile Welt, worldwide wie sie mir gefällt“ frei nach Astrid Lindgren frei gestalten können. DPoIG-geführte Personalräte spielen diese Spielchen nicht mit. Wir haben bei allen unseren Entscheidungen das Wohl und die berechtigten Interessen aller Beschäftigten der bayerischen Polizei im Fokus. Ihnen und uns allen wünsche ich für 2016 alles Gute. ■



Tarifkommission Bayern

Erprobung von Arbeitszeitmodellen – DPoIG stärkt Arbeitnehmerrechte!

Eigenes Abstimmungsrecht durchgesetzt!

Tarifbeschäftigte unterliegen nicht der AZV. Daher können ihnen Beamtenregelungen nicht automatisch übergestülpt werden. Aufgrund ihrer niedrigeren Einkommen können Tarifbeschäftigte durch die Umstellung auf neue Ar-

beitszeitmodelle außerordentlich belastet sein.

Für die DPoIG sind Arbeitnehmer/-innen nicht nur reine „Unterstützungskräfte“. Deshalb haben wir uns hartnäckig für ein eigenständiges Abstimmungsrecht von Arbeitnehmern/-innen im Schicht- und Wechselschichtdienst einge-

setzt. Beim Spitzengespräch der Berufsvertretungen, dem HPR und dem Amtschef des Innenministeriums, konnte sich die DPoIG mit ihrer Forderung durchsetzen.

Arbeitnehmer/-innen können somit über ihre Teilnahme an einer Erprobung eigenständig abstimmen. Sie können damit

selbst entscheiden, ob sie zusammen mit Beamten in einem Modell arbeiten, ein eigenes Arbeitszeitmodell erproben oder ihr bisheriges beibehalten wollen.

Auch Teilzeitkräfte haben bei den Abstimmungen volles Stimmrecht!

80 neue Tarifstellen im Nachtragshaushalt bewilligt

Der Landtag hat neben 500 zusätzlichen Beamtenstellen auch 80 neue Tarifstellen genehmigt.

Verband	Zahl der Stellen	Schwerpunkt
OBN	10	Manching, PI Schub
OBS	15	
München	10	
Niederbayern	15	
Oberpfalz	1	
Oberfranken	6	Bamberg
Mittelfranken	1	
Unterfranken	1	
SWN	1	
SW S/W	1	
BePo	5	Erhöhte Einstellungen
BLKA	14	Wegscheid, Kompetenzzentrum, und andere
Summe	80	

Die Stellen sind zum 1. Januar 2016 besetzbar. Damit sollen vor allem Belastungen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation aufgefangen und Vollzugsbeamte wirksam von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Lkw-Fahrerassistenzsysteme – Mehr Verkehrssicherheit durch Technik

Von Wolfgang Blindenbacher, Vorsitzender der **DPoIG**-Kommission Verkehr

Sie gehören zu den dramatischsten Ereignissen auf unseren Straßen. Auffahrunfälle, an denen Lastkraftwagen (Lkw) beteiligt sind. Das gilt insbesondere für die Autobahnen, da dort – auch von Lkw – höhere Geschwindigkeiten gefahren werden. Entsprechend hoch ist die kinetische Energie, die zum Tragen kommt, wenn ein Lkw auf Fahrzeuge auffährt, die am Stauende warten. In den Medien heißt es dann am nächsten Tag: „Bei einem Auffahrunfall auf der BAB A ... in Höhe von ... sind zwei Insassen in einem Auto ums Leben gekommen. Die Identität der Toten konnte bislang nicht geklärt werden. Der Wagen habe ein polnisches Kennzeichen gehabt, teilte die Polizei mit. Ein Lastwagen sei in der Nacht am Ende eines Staus auf einen anderen Lkw aufgefahren. Dadurch sei der vordere Lastwagen auf das Auto geschoben worden und dieses wiederum auf einen weiteren Lastwagen. Der Pkw wurde dabei völlig zerstört. Die Lasterfahrer blieben den Angaben zufolge unverletzt.“

- > Laut ADAC-Unfallforschung sind für derartige Unfälle charakteristisch:
- > Abstandsfehler als bedeutende Unfallursachen
- > Verursachung durch erfahrene, männliche Fahrer
- > Hohe Anprallgeschwindigkeit (Differenzgeschwindigkeit häufig größer als 30 Stundenkilometer)
- > Vorrangig auf Autobahnen und (Über-)Landstraßen.

Laut Bundesverband Güterkraftverkehr, Logistik und Entsorgung (BGL) gab es 2014 insgesamt 759 Tote bei Unfällen mit Lkw, dabei liegen Auffahrunfälle mit circa 50 Prozent an erster Stelle vor dem Abkommen von der Fahrbahn. Zur Vermeidung derartiger Verkehrsunfälle können unterschiedliche Fahrerassistenzsysteme auch bei Nutzfahrzeugen wirkungsvoll beitragen. So sind dort elektronische Fahrstabilitätsregelsysteme seit mehreren Jahren im Einsatz; auch Spurhaltesysteme, Abstandsregelsysteme und Notbremsysteme sind für Nutzfahr-

zeuge verfügbar. Die positive Wirkung entsprechender Systeme ist inzwischen durch wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen.

Ein von der Berufsgenossenschaft Verkehr durchgeführter mehrjähriger Feldversuch zeigt,

dass durch den Einsatz von geeigneten Fahrerassistenzsystemen (ohne Notbremsystem) annähernd 30 Prozent aller Lkw-Unfälle vermieden werden könnten. Der zusätzliche Einsatz von Notbremsystemen, die auch Kollisionen mit vorausfahrenden oder stehen-

den Fahrzeugen verhindern helfen, lässt eine noch höhere Unfallreduzierung erwarten.

Für Autoinsassen gehen Lkw-Auffahrunfälle, die durch das Vorhandensein unter anderem eines Lkw-Notbremsystems hätten verhindert werden können, oftmals tödlich aus. Das Risiko, bei derartigen Unfällen tödlich zu verunglücken, ist laut ADAC dreimal höher als bei anderen Heckkollisionen. Allerdings ist die Ausstattungsrate mit Notbremsystemen in Nutzfahrzeugen noch überschaubar. Vor diesem Hintergrund kommt der Entscheidung der Europäischen Union aus dem Jahre 2009, Verkehrssicherheitserhöhende Fahrerassistenzsysteme für Nutzfahrzeuge perspektivisch zur Standardausstattung zu erklären, besondere Bedeutung zu. In ihrer „Verordnung (EG) Nr. 661/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über die Typgenehmigung von Kraft-





fahrzeugen, Kraftfahrzeuganhängern und von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge hinsichtlich ihrer allgemeinen Sicherheit“ führt sie unter anderem aus, dass wichtige Fahrerassistenzsysteme für neue Fahrzeuge europaweit zeitlich gestaffelt einzuführen sind. So müssen zum Beispiel ab 2013 alle neu entwickelten Lkw-Typen über 3,5 Tonnen zulässige Gesamtmasse und ab 2015 dann alle neu zugelassenen Lkw mit einem entsprechenden System ausgestattet sein.

Hinsichtlich des jeweiligen Notbremssystems darf dann erwartet werden, dass

- › eine real drohende Kollision mit einem vorausfahrenden Fahrzeug als solche zuverlässig und automatisch erkannt wird sowie dem Fahrer durch eine Warnung Gelegenheit

gegeben wird, eine Kollision durch geeignete Brems- oder Lenkmanöver selbst zu verhindern, und

- › wenn keine Reaktion des Fahrers erfolgt, das Bremssystem des Fahrzeugs aktiviert wird, um eine Kollision mit vorausfahrenden, bewegten Zielen vollständig zu vermeiden oder – im Falle von stehenden Zielen – die Auswirkung einer Kollision zu reduzieren.

Da die Zeitintervalle für die jeweiligen Vorgaben unter Berücksichtigung der Realisierungsmöglichkeiten aller Staaten der Europäischen Union zeitlich gespreizt sind, erfolgt die tatsächliche Flottendurchdringung mit den genannten Assistenzsystemen in einem längeren Prozess. Die **DPoIG** stellt dazu fest, „Die Sicherheit auf unseren Straßen könnte darüber hinaus erhöht werden,

wenn schon jetzt freiwillig damit begonnen würde, Lkw – im Rahmen des technisch Machbaren – mit verkehrssicherheitsfördernden Assistenzsystemen nachzurüsten.“

Vor diesem Hintergrund kommt natürlich auch der infrastrukturasierten Absicherung von Stauenden, das heißt der rechtzeitigen Warnung des nachfolgenden Verkehrs vor stehendem Verkehr, eine besondere Bedeutung zu. Im Autobahnnetz findet man immer wieder Stellen, an denen regelmäßig Störungen auftreten, es sind dies zum Beispiel Anschlussstellen mit geringer Leistungsfähigkeit oder Baustellen mit eingegengten Fahrstreifen. Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit werden an solchen Stellen dauerhafte oder mobile Stauwarnanlagen installiert. Im August des Jahres 2015 wurde zum Beispiel in NRW auf der

BAB A 43 zwischen der Anschlussstelle Bochum-Laer und dem Autobahnkreuz Herne (Fahrtrichtung Münster) eine neue Stauwarnanlage gestartet. Fünf Brücken mit Wechselverkehrszeichen in LED-Technik und drei seitlich stehende Anzeigen in Auffahrten werden auf der Basis von Daten über die Geschwindigkeit, die Anzahl der Fahrzeuge, die Fahrzeugkategorien (Pkw oder Lkw), aber auch über Sichtweiten oder Niederschläge angesteuert.

Damit ist unter anderem die Absicherung von unfallträchtigen „Stau-Enden“ eine wichtige Aufgabe der Stauwarnanlage, die insgesamt 1,2 Millionen Euro kostete. Bei jeder (Autobahn-)Baustelle sollte künftig standardmäßig geprüft werden, wo der Einbau einer entsprechenden Stauwarnanlage möglich beziehungsweise sinnvoll ist. ■

TASER – Folter oder sinnvoller Lückenschluss?

Immer wieder kommt es bei Einsätzen zu kritischen Situationen, bei denen Polizeibeamte mit Personen konfrontiert werden, von denen konkrete Gefahren für Leib oder Leben der Einsatzkräfte oder Dritte ausgehen. Dies kann zum einen an deren Gefährlichkeit durch psychische Ausnahmesituationen wie Drogenkonsum oder Krankheit oder zum anderen an der Bewaffnung zum Beispiel mit einem Messer liegen.

Die Beamten begeben sich hier regelmäßig in Grenzsituationen. In den letzten Jahren wurde zwar die Ausrüstung stetig verbessert, dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es nach wie vor Situationen unterhalb oder an der Schwelle eines Schusswaffengebrauchs gibt, in denen keines der zur Verfügung stehenden Einsatzmittel ideal ist. Wünschenswert wäre daher ein Einsatzmittel, welches aus sicherer Distanz die sofortige Handlungsunfähigkeit des

Störers bei gleichzeitiger minimaler gesundheitlicher Beeinträchtigung sowohl der Beamtinnen und Beamten als auch des Angreifers herbeiführen würde. Dieses Ziel kann durch ein Einsatzmittel wie ein Distanzelektroimpulsgerät behoben werden.

› Nachhaltiger Einsatz

Die **DPoIG** hat sich bereits Anfang 2000 dafür eingesetzt, dass Distanzelektroimpulsgeräte bei der bayerischen Polizei

zur Anwendung kommen können. Dafür hat sich die **DPoIG** stark in die damalige politische Diskussion um die rechtliche Bewertung als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt eingebracht.

Mithilfe der damaligen Mandatsträger der CSU-Fraktion gelang es, die starken Widerstände aus den Reihen der SPD und der Grünen im Bayerischen Landtag zu überwinden. Die Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten bei den

Spezialeinheiten der bayerischen Polizei und die rechtliche Verankerung als Hilfsmittel der körperlichen Gewalt im PAG waren der Erfolg des gewerkschaftlichen Engagements.

› Klare Position

In zwei Positionspapieren zu „Gewalt gegen Polizeibeamte“ hat sich die **DPoIG** klar für eine ideologiefreie Diskussion zur Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten ausgesprochen.



DPoIG Bayern



Nach über zehn Jahren positiver Erfahrungen bei den Spezialeinheiten, ist es aus Sicht der **DPoIG** Zeit, die Erprobungsphase von Distanzelektroimpulsgeräten bei den Spezialeinheiten offiziell zu beenden und Distanzelektroimpulsgeräte als Standardausstattung bei den Spezialeinheiten festzuschreiben.

► Fürsorge und Aufklärung

Die **DPoIG** hat letztes Jahr den Innen- und Polizeixperten der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag die neueste Generation von Distanzelektroimpulsgeräten und ihre Verwendungsmöglichkeiten vorgestellt. Dabei wurden von Vertretern der Firma TASER insbesondere die Fürsorgeaspekte durch Verhinderung von Verletzungen sowohl für Polizeibeamtinnen und -beamte als auch den Dienstherren dargestellt.

Die Präsentation im Bayerischen Landtag sorgte auch dahingehend für Klarheit, dass Distanzelektroimpulsgeräte neuester Generation die einzigen Einsatzmittel sind, die ihre Verwendung selbst beweissicher dokumentieren. Gerätespezifische Daten der Verwendung werden von den Geräten aufgezeichnet.

Auch die FREIEN WÄHLER haben sich nach Gesprächen mit der **DPoIG** für die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten ausgesprochen.

► Bedarfsträger im Streifenfahrzeug

Völlig unstrittig ist der Bedarf derartiger Distanzelektroimpulsgeräte bei den Spezialeinheiten der bayerischen Polizei. Ebenso klar ist für die **DPoIG** aber auch, dass weitere Bedarfsträger dieses Einsatzmittels in den Streifenfahrzeugen ihren Dienst leisten.

Vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren deutlich gestiegenen und auf hohem Niveau befindlichen Gewalt gegen Polizeibeamte, ist ein Distanzelektroimpulsgerät für die **DPoIG** eben keine Folter – wie das andere Gewerkschaften in der Polizei vertreten – sondern die sinnvolle Ergänzung bestehender Einsatzmittel. Ziel ist es, die vorhandene Lücke zwischen Pfefferspray und Schlagstock und dem Schusswaffengebrauch zu schließen.

► Erfahrene Nachbarn

In **Frankreich** sind Distanzelektroimpulsgeräte seit 2000 im Einsatz. 2010 wurden aufgrund der positiven Erfahrungen alle Bürgermeister Frankreichs in die Lage versetzt, ihre lokalen Stadtpolizisten mit diesen Distanzwaffen auszurüsten. Damit diese Einsatzmittel auch im Rahmen der Vorschriften eingesetzt werden und kein Missbrauch im Raume stehen bleibt, der dann zum Beispiel durch Handyaufnahmen von Dritten über die Medien verbreitet wird, ist der Einsatz seitens der Polizei nur gestattet, wenn die mit dem Gerät verbundene Kamera den Vorgang belegt.

Die Erfahrungen der französischen Kollegen zeigen, dass immer dann, wenn das „gelbe Einsatzmittel“ von den Angreifern gesichtet wird, nur noch etwa 45 Prozent den Willen überhaupt haben, den möglichen Konflikt mit den Einsatzkräften fortzuführen. 55 Prozent geben auf und folgen deren Anweisungen.

Ähnliche Ergebnisse liegen aus **England** vor. Dort wurden in einem dreijährigen Test die bis dahin nur mit Schusswaffen ausgerüsteten „Festnahme-Gruppen“ zusätzlich mit dem Distanzelektroimpulsgerät „TASER™“ ausgerüstet. Wie für England typisch, wurden dort

mit fast preußischer Pedanterie die Regeln festgelegt, nach denen die Einsatzberichte zu erstellen waren.

Die für die innere Sicherheit zuständige Behörde „Home Office“ führte außerdem viele medizinische und technische Untersuchungen durch, um sicherzustellen, dass die Erwartungen der steigenden Effizienz bei den Einsätzen in Bezug auf Widerstandsbrechung und Minderung des Verletzungsrisikos auch belegt werden können.

In der **Schweiz** wurde im Februar 2012 seitens der Schweizerischen Polizeitechnischen Kommission (SPTK) die Erweiterung der Zulassung des „Gerätes zur De-Stabilisierung“ (TASER™ X 2 und X 26P der neuesten Generation) empfohlen. Seitdem können alle kommunalen zusätzlich zu den kantonalen Einsatzkräften mit den Destabilisierungsgeräten ausgerüstet werden.

Dies hat bei den Gemeinden um den Zürichsee herum bis dato bei den ausgerüsteten Gemeindepolizisten zu den erwarteten Ergebnissen geführt: schnellere Konfliktlösungen, weniger Verletzte auf beiden Seiten, höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung.

In **Österreich** wurden fast zeitgleich zu der Entwicklung in der Schweiz Studienergebnisse der Universität Graz und Feldversuche seitens der Sondereinheiten, die seit 2006 vorgenommen wurden, im Innenministerium vorgelegt. Dies führte im Juli 2012 zu einem Erlass, die Elektroimpulswaffe „TASER™“ als Dienstwaffe für die österreichische Bundespolizei für den Regeldienst freizugeben. Dies erfolgte nach Abstimmung mit der Menschenrechtskommission und allen Parteien im österreichischen Parlament.

In den **Niederlanden** sind ebenfalls nach langen positiv verlaufenen Feldversuchen bei den Festnahmeeinheiten durch das Innenministerium, jetzt seitens des Justizministeriums die Bedenken für einen erweiterten Einsatz aufgehoben worden und die Beschaffung von Distanzelektroimpulsgeräten der neuesten Generation für den Regeldienst freigegeben.

► DPoIG-Forderung

Die **DPoIG** fordert die Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten im Streifen dienst der bayerischen Polizei.

Damit einhergehend ist es notwendig, die Aus- und Fortbildung in der Bereitschaftspolizei, in der Fachhochschule und im Rahmen der PE-Trainings um rechtliche und einsatztaktische Aspekte zu ergänzen.

Die **DPoIG** begrüßt eine ergebnisoffene Erprobung von Distanzelektroimpulsgeräten in vom Phänomen der Gewalt gegen Polizeibeamte besonders betroffenen Regionen der Landespolizei.

Distanzelektroimpulsgeräte sind eine sinnvolle Ergänzung bestehender Einsatzmittel, um der Gewalt gegen Polizeibeamte zu begegnen und den Schutz für die Kolleginnen und Kollegen zu erhöhen.

Dafür wird sich die **DPoIG** auch weiterhin im Rahmen von Informationsveranstaltungen sowie Gesprächen im Ministerium und im politischen Raum einsetzen.

Bayern hätte mit der Einführung von Distanzelektroimpulsgeräten als erstes Bundesland die Chance, der immer wieder politisch beschworenen Marktführerschaft in Deutschland erneut gerecht zu werden. ■

Mobile Bezahlssysteme Positive Zwischenbilanz

Die **DPoIG** fordert seit 2014 die Einführung mobiler Bezahlssysteme bei der bayerischen Polizei. Damit soll nach Vorstellung der **DPoIG** die Abschaffung von Quittungsblöcken einhergehen.

Dazu hat die **DPoIG** Innenminister Herrmann angeschrieben und ihre Forderung begründet. Der Minister stimmte in seinem Antwortschreiben mit der **DPoIG** überein, dass „sich durch ein bargeldloses Verfahren neben einer Serviceorientierung für die Bürger auch einsatztaktische und dienstbetriebliche Vorteile ergeben“.

Im November 2014 erteilten in Nürnberg die Staatsminister Dr. Söder und Herrmann den Startschuss zur Einführung

mobiler Bezahlssysteme im Zuständigkeitsbereich des Finanz- und Innenministeriums.

Wie berichtet, erhielt Anfang 2015 das PP Oberfranken den Auftrag für die Konzeptionierung und Pilotierung mobiler Bezahlssysteme.

Ein erster Zwischenbericht zur Erprobung fiel überaus positiv aus. Bei den Kolleginnen und Kollegen der Pilotdienststellen, VPI Bayreuth und VPI Hof, fand die Anwendung der Zahlungsterminals in der täglichen Arbeit eine hohe Akzeptanz.

Die bisherigen Erfahrungen in der Erprobung bestätigen die Argumente der **DPoIG** hinsichtlich der Entlastung in zeitlicher



> Innenminister Herrmann und Finanzminister Söder beim Start der Pilotierung

und verwaltungstechnischer Hinsicht. Verkehrsteilnehmer empfinden die Möglichkeit der bargeldlosen Bezahlung als Selbstverständlichkeit.

Die Erprobung hat aber auch rechtliche wie ablauforganisatorische Problemstellungen in der verwaltungstechnischen Bearbeitung aufgezeigt.

Die **DPoIG** ist überzeugt, dass die Arbeitsgruppe zusammen mit dem Ministerium und dem derzeitigen Anbieter diese Problemstellungen beseitigen können. Die mit der Einführung der mobilen Bezahlssysteme einhergehende Entlastung der Kolleginnen und Kollegen auf der Straße spricht für die Umsetzung der **DPoIG**-Forderung. ■

Bezirkskongress in Mittelfranken

Am 12. November 2015 fand in Nürnberg der Kongress des Bezirksverbandes Mittelfranken statt. Die **DPoIG** lud hierzu über 100 Delegierte in die Gaststätte Gutmann am Nürnberger Dutzendteich ein. Vormittags wurde die übliche Tagesordnung mit den Neuwahlen des Bezirkshauptvorstandes abgearbeitet. Es stellten sich bisherige Funktionsträger sowie erfreulicherweise auch Kolleginnen und Kollegen zur Wahl, die bislang nicht in einer Funktion in die Gewerkschaftsarbeit eingebunden waren. Mit überwältigender Mehrheit von 98 Prozent der Stimmen wurde Rainer Hirschmann erneut zum Bezirksvorsitzenden gewählt. In seinem Team wirken in den nächsten fünf Jahren als „Neulinge“ Nicole Buß, Mark Estelmann, beide PI Nürnberg-Ost,



> Ein sichtlich bewegter Udo Wittmann

Peter Eberl, PI Treuchtlingen, Kai Greb, PI Nürnberg-Mitte, und Holger Plank, Sachgebiet E 3 mit. Mit dieser **DPoIG**-Mannschaft und insbesondere durch die echten „Schichtler“, die das Team ergänzen, so ist sich Rainer Hirschmann sicher,

„werden wir auch zukünftig sachliche und erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit erledigen“. Zusammen mit Kerstin Rößle wird sich Nicole Buß der Themen rund um Frauen und Familie annehmen. Holger Plank als stellvertretender Sachgebiets-

leiter E 3 bringt als Kriminaler notwendiges und umfangreiches Sachwissen mit ein, das nicht zuletzt durch seine jahrelange Verwendungsbreite fundiert ist. Kai Greb als „Herausgeber“ des mittelfränkischen Pegnitzblitzes wird sich zusammen mit Mark Estelmann und Peter Eberl um die Belange des Schichtdienstes kümmern. Alle drei sowie auch Nicole Buß sind schließlich echte Schichtler und wissen, wovon sie reden, wenn es um dieses Thema geht.

Am Ende des Vormittags wurde einstimmig und unter großem Beifall, verbunden mit stehenden Ovationen, Udo Wittmann zum ersten Ehrenmitglied des Bezirksverbandes Mittelfranken gewählt. Sichtlich gerührt wandte er sich an die Delegierten und bedankte



> Rainer Nachtigall, Rainer Hirschmann, Hermann Benker, Joe Schmeißer, PP Johann Rast, Wolfgang Grotta (von links)

sich für diese vollkommen unerwartete – für ihn eine sehr hohe – Auszeichnung.

Am Nachmittag ging die mittelfränkische DPoIG bei der Öffentlichkeitsveranstaltung diesmal einen anderen, einen neuen Weg. Für manche doch sehr überraschend wurde auf politische Mandatsträger, Pressevertreter und andere polizeifremde Gäste verzichtet. Lediglich die DPoIG-Mitglieder, die Angehörigen des Polizeipräsidiums Mittelfranken und der Landesvorsitzende Hermann Benker wurden eingeladen.

Zunächst startete das frisch gewählte Ehrenmitglied Udo Wittmann die Aktion „Poli-Soli“ zugunsten der Stiftung der Deutschen Polizeigewerkschaft. Sinn und Zweck dieser Aktion ist die monatliche Unterstützung der Stiftung mit einem Solidaritätsbeitrag von mindestens einem Euro, wobei nach oben keinerlei Grenzen gesetzt sind. Aufgrund des beeindruckenden Vortrages von Udo Wittmann erklärten einige Anwesende spontan ihre Unterstützung und versprachen gleichzeitig, Daueraufträge bei ihren Geldinstituten einzurichten.

Im Anschluss lud nach kurzen Statements von Rainer Hirschmann und Hermann Benker Jürgen „Joe“ Schmeißer zu einer Podiumsdiskussion ein. Hier

wurden Themen angesprochen, die insbesondere Mittelfranken betreffen. Joe Schmeißer führte in professioneller Art und Weise – als hätte er nie etwas anderes getan – die Teilnehmer Herrn Polizeipräsident Johann Rast, den DPoIG-Landesvorsitzenden Hermann Benker, den Personalratsvorsitzenden Wolfgang Grotta, den HPR-Vorsitzenden Rainer Nachtigall und den DPoIG-Bezirksvorsitzenden Rainer Hirschmann souverän durch sein Programm. Hier nahmen die Themen Arbeitszeit/Schichtmodelle und Ruhestandsversetzungen/Personalsituation natürlich den größten Raum ein.

Einige Aussagen der Diskussionssteilnehmer in Auszügen:

Herr Rast: Das PP Mittelfranken hat eine hohe Personalfuktuation, die Ruhestandseintritte machen die personelle Situation schwierig, Mittelfranken benötigt mehr Personal, deshalb kämpfe ich um die entsprechende Personalzuteilung.

Gewerkschaften sind sehr wichtig. Sie haben Möglichkeiten, den Mund aufzumachen. Sie können stark auftreten – „Danke dafür“.

Hermann Benker zur Arbeitszeit: Die EU-Richtlinie ist eine Schutzvorschrift – dort sind aber Ausnahmen erforderlich. Knackpunkt ist der Doppelschlag (Anmerkung = Früh- und Nachtdienst am gleichen Tag)

nicht die Zwölf-Stunden-Regelung. Dem Schichtbeamten wird hier der Schutz aufge-drängt. Dem BePo-Beamten, der ihn gerade jetzt in der hohen Einsatzbelastung bräuchte, wird er verwehrt!

Viele polizeiliche Probleme sind hausgemacht. Wir sind zu viel mit uns selbst beschäftigt. Jedes Präsidium erfindet das Rad neu. Das Ministerium wird seinen Aufgaben nicht gerecht. Bei der Personalsituation ist alles auf Kante genäht. Die Polizei hat das Nein-Sagen nicht gelernt.

Rainer Nachtigall: Der HPR ist für eine Erprobung von neuen Schichtmodellen. Es muss für die Erprobenden aber eine Handlungssicherheit garantiert sein. Wenn die Dienstvereinbarung zwischen HPR und Ministerium festgezurr ist, steht der Erprobung nichts mehr im Weg. Hinsichtlich der Arbeitszeiten und beim Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand ging beim G7-Gipfel und geht bei Asyl alles.

Wolfgang Grotta zu Schichtmodellen: Dem Personalrat ist es ein Bestreben, die Kollegen aufzuklären. Da die Arbeitszeit ein sehr emotionales Thema



> Die neugewählte Spitze des Bezirksverbandes Mittelfranken



ist, soll den Kollegen nichts übergestülpt werden, man muss sie mitnehmen. Die Einbindung des Personalrates in die Arbeitsgruppen ist deshalb sehr wichtig.

Rainer Hirschmann: Im Hinblick auf neue Schichtmodelle ist die Struktur der Dienststelle sehr entscheidend. Auch spielt die Zusammensetzung der Mannschaft in der Dienststelle eine sehr entscheidende Rolle. Sogenannte „Fernpendler“ (= mehr als 70/80 Kilometer zum heimatlichen Wohnort) haben Interesse daran, an wenigen Tagen so viele Stunden wie möglich abzuleisten, um anschließend einen zusammenhängenden Freizeitblock einbringen zu können.

Im Zusammenhang mit der Personalsituation wird unser Innenminister nicht müde zu betonen, dass wir den höchsten Personalstand aller Zeiten bei der bayerischen Polizei haben. Diese Aussage muss aber mit dem Halbsatz „aber auch die geringsten Schichtstärken“ ergänzt werden. Überstunden abzubauen ist

im Schichtdienst derzeit nahezu unmöglich. Wir haben bei der Polizei kein Personal für die „Kür“. Die Kernaufgaben sind eigentlich schon nicht mehr zu erledigen.

In diesen für die Polizei schweren Zeiten müssen wir enger zusammenrücken. Wir müssen ehrlich miteinander umgehen und nicht mit den Fingern auf andere Dienststellen zeigen. Im Mittelpunkt muss nach wie vor der Mensch stehen.

Resümee des Kongresses: Dem Bezirksverband Mittelfranken mit seinen fast 3 000 Mitgliedern werden die gewerkschaftlichen Betätigungsfelder nicht ausgehen. Alleine die Personalsituation, die sich vor 2018/2019 nicht entspannen wird, stellt uns vor große Herausforderungen. Wir werden uns weiterhin einbringen und in entsprechenden Situationen klar Position beziehen müssen. Deshalb werden den Angehörigen des Polizeipräsidiums Mittelfranken im Jahr 2016 auch kompetente Personalratskandidaten der **DPoIG** zur Wahl angeboten.

90. Geburtstag Josef Radlmaier

Unser Mitglied Josef Radlmaier aus Altötting feierte am 20. November 2015 seinen 90. Geburtstag.

Eine Delegation der **DPoIG** mit dem Bezirksvorsitzenden Stefan Kemptner, seinem Vertreter Reinhold Merl, dem ehemaligen Vorsitzenden Günter Raabe sowie Alexander Zopf (KV Traunstein) und Franz Lehner (KV AÖ) überbrachten Glückwünsche und streiften mit Josef durch eine Zeit der Polizeiarbeit, in der die Bundesstraße 12 eine Schotterpiste war und die Streife noch mit dem Dienstfahrrad ausrückte.

Josef Radlmaier war für die **DPoIG** bis kurz vor seiner Pensionierung Leiter der Geschäftsstelle Bayern, die sich in seinem Haus befand. In den Zeiten vor E-Mail, SMS und WhatsApp mussten alle Informationen an die Mitglieder noch per Brief versandt werden. Eine Arbeit, in die die ganze Familie regelmäßig eingespannt war.



Josef Radlmaier (sitzend) mit Stefan Kemptner und Reinhold Merl

DPoIG Bayern

DPoIG München besucht zum sechsten Mal in Folge am Heiligabend alle Münchner Polizeidienststellen

Die **DPoIG** München hat mit dieser Aktion, die von der **DPoIG** München auch ins Leben gerufen wurde, erstmalig 2010 alle am Heiligen Abend Dienstleistenden der Münchner Polizei besucht.

Jede Polizeidienststelle, einschließlich Einsatzzentrale, Verkehrszentrale, K-Jourdiens- te, Kriminaldauerdienst und sonstige Dienstleistenden wurden durch **DPoIG**-Funktionsträger besucht.

Mit dieser Aktion wollten wir allen unseren Kolleginnen und Kollegen, die am Heiligen Abend ohne ihre Familie für unsere Sicherheit unterwegs sind, unsere Wertschätzung und Solidarität für ihre geleistete Arbeit ausdrücken, so Jürgen Ascherl, Vorsitzender der **DPoIG** München.

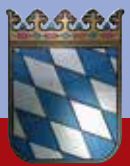
Am 24. Dezember 2015 führte die **DPoIG** München diese erfolgreiche Aktion zum sechsten Mal in Folge durch und besuch-

te wieder alle Dienststellen in ganz München und überbrachte ein paar Naschereien. An Heiligabend leisten circa 800 Polizeibeamtinnen und -beamte und Angestellte beim PP München Dienst. Bei der Aktion dabei waren viele Funktionsträger der **DPoIG** München. In der PI zwölf trafen wir den Münchner Oberbürgermeister Dieter Reiter und den neuen Polizeivizepräsidenten Werner Feiler sowie den Inspektionsleiter Stefan Funk.

Den Kriminaldauerdienst besuchten der Vorsitzende der **DPoIG**-Tarifkommission Bayern Ümit Turul, der Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Kripo, Gregor Lihotzky, und der **DPoIG**-Bezirksvorsitzende Jürgen Ascherl gemeinsam mit dem Polizeivizepräsidenten Werner Feiler.

Mehr Bilder auf der **DPoIG**-Homepage.

Jürgen Ascherl,
Bezirksvorsitzender



DPolG Bayern (8)

> PI 48



> KDD Mit Turul und Lihotzky



> PI 22



> Geschenkübergabe an Ehefrau des OB Reiter



> PI 47



> EZ mit PVP Feiler



> PI 12 mit Vizepräsident Feiler



> ED 6 mit PVP Feiler



Fasching in Passau einmal anders



Unter dem Motto „Fasching einmal anders“ initiierte das Passauer **DPoIG**-Landeshauptvorstandsmitglied Siegfried Kapfer für die Mitglieder des Kreisverbandes Passau Anfang Januar einen Besuch im Stadttheater, wo die Passauer Volksbühne mit der Komödie „Funny Money!“ von Ray Cooney unter

der Regie von Andreas Brunner gastierte. Kurz vor Beginn des Theaterabends traf sich Siegfried Kapfer (hinten Zweiter von rechts) noch mit Regisseur Andreas Brunner (hinten Dritter von rechts) und einem Großteil der Darsteller hinter dem Vorhang in der Kulisse!



Die Vorstellung der Gewerkschaften bei den neu aufgestellten Seminaren der Bayerischen Bereitschaftspolizei ist jedes Halbjahr eine Mammutaufgabe für die betroffenen Kreisverbände.

Da freuen sich die Kreisverbände, wenn sie tolle Werbegeschenke für die Abendveranstaltung bekommen. Diesmal konnte sich die **DPoIG** der III. Bereitschaftspolizeiabteilung über ein Tablet freuen, das unter den ersten **DPoIG**-Neumitgliedern des Abends verlost werden konnte.

Von Losfee und **DPoIG**-JuPo-Mitglied Sissi Schiffbäumer wurde Polizeimeisteranwärter Jannis Tremel vom 10. AS aus der Lostrommel gezogen, der freudig das Tablet in Empfang nahm.

DPoIG-Stand beim Christkindlmarkt der Bepo Dachau

Wie jedes Jahr fand auch heuer wieder der Christkindlmarkt innerhalb der VI. Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau statt.

Der Kreisverband der BP Dachau betrieb dabei wieder einen Stand, bei dem selbst zubereiteter Weißer Glühwein und Heißer Hugo ausgeschenkt wurde. Dank der JuPo-Mitglieder verlief der Verkauf wieder sehr reibungslos und erfolgreich. Der Reinerlös der Veran-



staltung wird wie jedes Jahr an einen wohltätigen Zweck gespendet.

Schafkopfturnier in der VII. BPA

Beim Advents-Schafkopfturnier der **DPoIG** in der VII. BPA Sulzbach-Rosenberg nahm Peter B. den Hauptpreis über 77 Euro mit nach Hause. Die weiteren Kartler auf dem Treppchen, Leopold, Alexander und Lara, entschieden sich jeweils für eine Sporttasche von adidas im Wert von circa 35 Euro. Der Vorletzte erhielt als Trostpreis einen Geschenkkorb mit herzhaftem Inhalt.

Dank der Sponsoren konnte jeder der fast 40 Spieler einen Preis mit nach Hause nehmen und andere weitere Wert-Gutscheine bei Baustoffe Meier, Getränkemarkt Hausler, ARAL, für Landtagsreisen nach München und viele Sachpreise.

Für 2016 jetzt schon als Termin den letzten Donnerstag im November vormerken!



> Stephan Wegerer, Platz 1 bis 4 (von links)

Mitgliederversammlung der Deutschen Polizeigewerkschaft Kreisverband Lindau

Die Deutsche Polizeigewerkschaft, Kreisverband Lindau, veranstaltete seine Mitgliederversammlung in der Hauptwache der Feuerwehr Lindau. Der Vorsitzende des Kreisverbandes, Hans-Peter Grieger, begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder der Dienststellen Lindau und Lindenberg, darunter viele pensionierte Kollegen.

Ein besonderer Gruß galt Herrn Landrat Stegmann, den man als Gastreferent gewinnen konnte und der dieser Einladung gern gefolgt war.

Der Vorsitzende stellte die ordnungsgemäße Ladung und Genehmigung der Tagesordnungspunkte fest. Nach Überreichung eines guten heimischen Tropfens an Herrn Stegmann, verbunden mit dem Dank fürs Kommen, konnte dieser sogleich seinen Vortrag beginnen.

Herr Stegmann bedankte sich für die Einladung und stellte nochmal deutlich heraus, sich heute bewusst für die Veranstaltung der Deutschen Polizeigewerkschaft entschieden zu haben. Er bedankte sich besonders für die gute Zusammenarbeit zwischen Polizei und den zuständigen Ämtern hier im Landkreis. Gerade die letzten Tage mit den Anschlägen von Paris und den Vorkommnissen in Hannover hätte uns allen vor Augen geführt, was für ein hohes Gut die Innere Sicherheit ist. Das Allgäu und Bayern zählt zu den sichersten Gebieten Deutschlands, auch ein großer Verdienst der bayerischen Polizei, so Stegmann. Knüpfte daran aber auch die Hoffnung, mehr Polizei auf die Fläche des Landkreises Lindau zu bekommen.



> Ehrung 25 Jahre: Hans-Peter Grieger, Charly Eichinger, Jürgen Pogutter (von links)

Herr Stegmann führte weiter aus, dass die aktuelle Flüchtlingskrise für den Landkreis Lindau eine hohe Herausforderung darstellen würde. Dies sei auch der Tatsache geschuldet, dass gerade in der übergeordneten Politik zwar sehr viel über dieses Thema geredet, aber nicht wirklich sinnvolle und umsetzbare Lösungen gefunden würden. So sei zum Beispiel die Anzahl von 376 Frontex-Beamten, die zur Sicherung der EU-Außengrenze eingesetzt würden, viel zu gering bemessen. Die Prognose über 800 000 ankommende Flüchtlinge sieht Herr Stegmann im Reich der Fabeln. Allein von September bis Mitte November seien bereits 466 000 Menschen gezählt worden.

Gemäß der Finanzierungsbeziehung gemäß dem „Königsteiner Schlüssel“ hat der Landkreis Lindau eine Quote von 1 100 Asylsuchenden aufzunehmen, wovon sich derzeit 700 Personen hier aufhalten und der Landkreis im Durchschnitt circa 50 Flüchtlinge pro Woche aufnehmen wird. Ein Anliegen sei es, die Flüchtlinge in der Mitte unserer Gesellschaft unterzubringen.

Größte Aufnahmeeinrichtung im Landkreis sei im Moment eine Turnhalle in Lindenberg, mit einer Kapazität von 200 Flüchtlingen, die hier eine Entlastung der Region Passau bringen soll. So sind weitere Unterkünfte im Landkreis in Planung oder bereits in Erstellung. Ein weiteres Problemfeld ist die fehlende Registrierung der Menschen sowie der Umstand, dass ein sehr großer Prozentsatz wieder untertaucht.

In der Summe werde sich der Landkreis mit einer riesigen Kostenlawine zu befassen haben, wovon allein die 100 jugendlichen Migranten im Landkreis Lindau, mit einer Summe von 400 000 bis 620 000 Euro

zu Buche schlagen. Diese Aufwendungen verteilen sich weitestgehend für Unterkunft, Verpflegung, tägliche Betreuung, Traumabewältigung und erforderliche Sprachkurse.

Für die Zukunft wünschte sich Herr Stegmann eine bundesweite Verteilung der Flüchtlinge und eine Übernahme der Aufgaben durch übergeordnete Hilfsorganisationen, da zwischenzeitlich rund 50 Prozent der Mitarbeiter des Landratsamtes mit dieser Thematik beschäftigt sind.

Als positive Momentaufnahme stellte Herr Stegmann die nicht vorhandenen Fälle von rechter Gewalt im Landkreis heraus.

Der Landkreis Lindau ist derzeit mit 17 Millionen Euro verschuldet, wobei dieser Betrag seit 2008 mehr als halbiert worden sei. Der Fokus werde die nächsten Jahre auf weiterem Schuldenabbau, bei gleichzeitigen Investitionen für Bildung liegen.

Am Ende des Vortrags bedankte sich Herr Stegmann nochmals für die Einladung und hofft weiter auf eine gute Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Behörden.



> Ehrung 40 Jahre: Hans-Peter Grieger, Charly Eichinger, Eugen Schuhmann (von links)



Als nächster Tagesordnungspunkt standen die Ehrungen der Deutschen Polizeigewerkschaft an. So durften für 40 Jahre treue Mitgliedschaft Eugen Schuhmann und Helmut Münzel und für 25 Jahre Jürgen Pogutter und Klaus Westenauer geehrt werden. Leider konnten Helmut und Klaus aus privaten Gründen der Ehrung nicht beiwohnen. Der Vorsitzende durfte im Auftrag des Landesvorstandes die entsprechende Urkunde und Ehrennadel überreichen. Beide erfreuten sich eines kleinen Geschenks in Form eines guten Weines aus der Bodenseeregion. Für die Abwesenden wird die Ehrung im kleinen Rahmen nachgeholt werden. Die Glückwünsche der anwesenden Bezirksvorsitzenden Karl Eichinger und seines Stellvertreters Armin Stich verliehen der Ehrung einen würdigen Rahmen.

Nachdem der wichtigste Teil des Abends in trockenen Tüchern war, konnte eine willkommene Pause für eine Stär-

kung genutzt werden. Alle Teilnehmer wurden mit deftigen Kässpätzle und Salat verköstigt, die durch die Feuerwehr hervorragend zubereitet worden waren.

Gestärkt ging man dann in die zweite Runde der Versammlung mit dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden, der auf vier Vorstandssitzungen zurückblickte, in denen verschiedenste Beschlüsse gefasst wurden. Auch wurden zurückliegende Aktivitäten aufgezeigt, wobei der Besuch des Bundestages Erwähnung finden sollte, anlässlich dessen man für vier Tage in Berlin verweilte und viele imposante Eindrücke mit nach Hause nehmen konnte. So auch ein Treffen mit der stellvertretenden Bundestagsvizepräsidentin, Frau Claudia Roth. Dies wurde möglich auf Anstoß des Ehrenvorsitzenden Eugen, der die entsprechenden Kontakte knüpfen konnte. Ein großer Erfolg, der alljährliche „Bikertag“ für Kolleginnen und Kollegen,

mit wunderschönen Ausfahrten in das nahe Allgäu und Österreich. Der Teilnehmerbetrag der sechzehn „Biker“ wurde wie jedes Jahr wieder an die Polizeistiftung gespendet, hierfür nochmals ein Dankeschön. Insgesamt zeigte sich der Vorsitzende mit der Mitgliederentwicklung des Kreisverbandes sehr zufrieden, nachdem man durchaus eine positive Entwicklung ausweisen und für die **DPoIG** acht neue Mitglieder gewinnen konnte. Mit einer Vorausschau auf kommende Aktivitäten, wie einem Neujahrshock mit Bildvortrag der Berlinreise und die Ausrichtung von Stammtischen und vieles mehr, schloss Hans-Peter seinen Geschäftsbericht.

Entgegen dem allgemeinen Trend leerer Kassen, hatte man innerhalb der Gewerkschaft durch den Kassier Christopher Strohmayer Positives erfahren. Trotz einiger Ausgaben wurde ein gutes Plus ausgewiesen. Auf Anregung der Kassenprüfer Aki Nowak und Fritz Lang,

die dem Kassier eine fehlerfreie Arbeit attestierten, erfolgte somit eine einstimmige Entlastung durch die Versammlung.

Zum Abschluss durfte man einen äußerst Interessanten Vortrag des Rechtsschutzbeauftragten der Deutschen Polizeigewerkschaft Bayern, Armin Stich, verfolgen. Dieser befasste sich mit verschiedensten Modellen rechtlicher Vertretung, die mit dem Dienst in Verbindung stehen und im Leistungsspektrum einer Mitgliedschaft angeboten werden. Auch interessant für unsere pensionierten Kollegen, greift der Rechtsschutz sogar bei Problemen, wenn es darum geht, entsprechende verweigerte Beihilfeansprüche durchzusetzen.

Mit großem Dank an einen hervorragenden Gastgeber, der Feuerwehr in Lindau, wurden die Gäste in einen jungen Abend für weitere interessante Gespräche verabschiedet. ■

Schafkopfturnier des KV Dillingen/Donau-Ries

Am Freitag, dem 13. November 2015, fand in der Gaststätte „Zur Grenz“ in Erlingshofen das alljährliche Schafkopfturnier des Kreisverbandes Dillingen/Donau-Ries statt. Kreisvorsitzender Gerhard Roßkopf (PSt Wertingen) konnte 28 Kollegen und Bekannte, darunter auch mehrere Dienststellen- und Kommissariatsleiter, begrüßen.

In fröhlicher Runde wurde anschließend an sieben Tischen um jeden Punkt gekämpft, wobei der Spaßfaktor einen hohen Stellenwert einnahm.

Nach zwei Runden á 32 Partien konnte sich KOR Werner Schindele, Leiter der KPI(Z)

Augsburg, mit insgesamt 96 „Guten“ in die Siegerliste eintragen. Auf den Plätzen zwei und drei folgten PHK Johann

Gerhard (PI Augsburg 5 – 71 Punkte) sowie der Leiter der Bereitschaftspolizei Köningbrunn, PD Karl Wunderle

(67 Punkte). Kollege Schindele konnte neben der Siegpriämie von 100 Euro, welche vom Bezirksverband Schwaben Nord gesponsert wurde, auch den Wanderpokal in Empfang nehmen.

Bezirksvorsitzender Martin Oberman hatte weitere Preise „organisiert“, sodass alle Spieler einen Preis erhielten.

Zum Abschluss der gelungenen Veranstaltung bedankte sich der Kreisvorsitzende bei Eleonore Pascher (PP Schwaben Nord) sowie EPHK Bernhard Heimann (Leiter der PI Zusmarshausen) für die Turnierleitung. ■



➤ Johann Gerhard, Werner Schindele, Karl Wunderle und Gerhard Roßkopf (von links)

DPoIG Bayern